



SPD Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

An die  
lokalen Medien

28.08.07

**Rahmenbedingungen für Krankenhäuser der Maximalversorgung dringend verbessern  
Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen stellen Ratsantrag**

**Presseerklärung**

SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen einen gemeinsamen Antrag zur Zukunft des Klinikums Dortmund in der Ratssitzung am kommenden Donnerstag (30.08.07). Darin wird insbesondere das Land aufgefordert, die versprochenen Fördermittel zu gewähren und ein Nachteilsausgleich für Krankenhäuser der Maximalversorgung eingefordert (siehe Anlage).

Die Zukunft des Klinikums Dortmund hängt von vielen Rahmenbedingungen ab, die nur teilweise durch die Klinik selbst und den Gesellschafter beeinflussbar sind. Wesentliche Faktoren: Der nicht einheitliche Basisfallwert im Bundesgebiet und eine Landesregierung, die Krankenhäuser nach dem Gießkannenprinzip fördern will.

Fraktionssprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mario Krüger stellt fest:

„Damit werden systematisch alle Bemühungen konterkariert, sich der zunehmenden Konkurrenz zu stellen, das Klinikum zu modernisieren und Strukturen zu schaffen, die eine höhere Effizienz der Abläufe ermöglichen und Einsparpotenziale erschließen. Hinzu kommt die Benachteiligung durch unterschiedliche Basiswerte und die unzureichende Vergütung von Leistungen von Krankenhäusern mit dem Anspruch an eine Maximalversorgung für die Menschen in Region.“

Vor diesem Hintergrund ist für SPD und GRÜNE eine Entscheidung über die weitere finanzielle Unterstützung durch den Gesellschafter von einer Vielzahl von Entwicklungen abhängig, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen sind:



SPD Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

Die Tarifparteien befinden sich in Verhandlungen zu einem Notlagentarifvertrag und loten aus, inwieweit ein Beitrag der Beschäftigten zur Konsolidierung in den nächsten drei Jahren umgesetzt werden sollte. Diese Auseinandersetzung sollte nach Auffassung von SPD und GRÜNEN möglichst ohne politische Einmischung erfolgen.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ernst Prüsse:

„Das Vorgehen der Landesregierung ist unredlich, aber absehbar gewesen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Frank Hengstenberg hat vor der letzten Landtagswahl öffentlich verkündet, dass Dortmund von Fördertöpfen abgeschnitten wird, wenn die CDU und FDP die neue Landesregierung stellen würden. In diesem Punkt hat die Landesregierung leider Wort gehalten.“

Im Rahmen der Beratungen zum Doppelhaushalt 2008/2009 ist am Ende des Jahres zu entscheiden, ob und wie Mittel aus dem städtischen Haushalt in das Klinikum Dortmund fließen. Die beiden Fraktionen erwarten, dass bis dahin die Verhandlungen der Tarifvertragsparteien abgeschlossen sind.

Ernst Prüsse und Mario Krüger abschließend:

„Was die weitere Zukunft des Klinikums angeht, so müssen wir neue Wege suchen, um die Finanzierung überlebensnotwendiger Projekte abzusichern. Letztlich muss die Stadt als Gesellschafter entscheiden, ob sie in ein Fass ohne Boden investiert, oder ob das Klinikum so stabilisiert werden kann, dass es in der gegenwärtigen Krankenhauslandschaft die Rolle des modernen Versorgers mit einem umfassenden Leistungsangebot wahrnehmen kann.“

Dazu bedarf es verlässlicher Rahmenbedingungen auf Landesebene.

Die Beschäftigten bzw. deren Vertreterinnen und Vertreter müssen ebenfalls auf einer verlässlichen Grundlage entscheiden können, ob sie ihrerseits zu einem weiteren Konsolidierungsbeitrag bereit sind. Von entscheidender Bedeutung ist, ob überzeugend und transparent dargestellt werden kann, welche best- und worst-case-Szenarien eintreten können.“